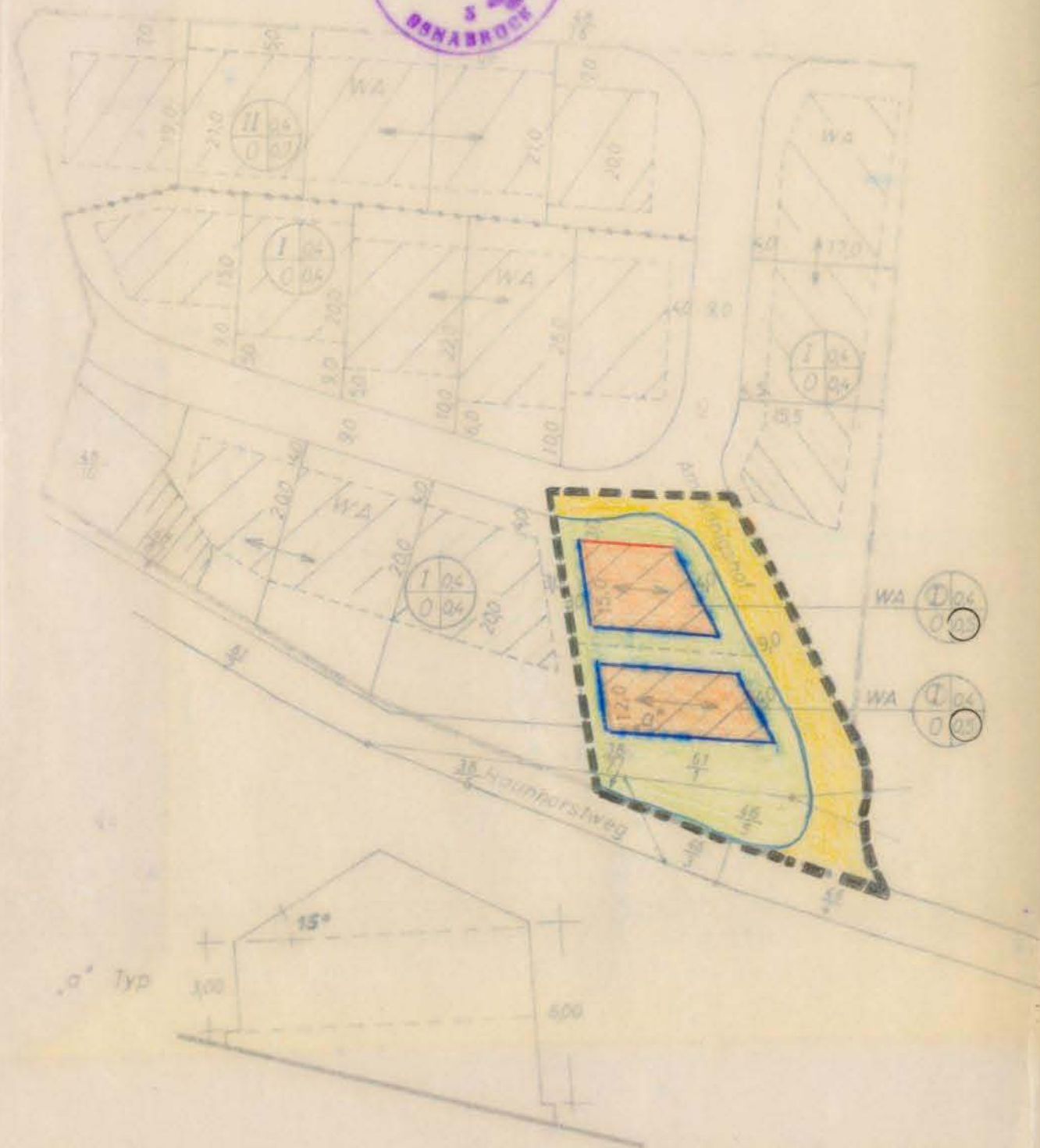


Stadt Georgsmarienhütte
Gemarkung Holzhausen
Flur 8 Maßstab 1:1000

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 3.7.1964). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.



Aufgrund der §§ 1 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in Verbindung mit den §§ 2, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG), der Bau-nutzungsverordnung und der Planzeichenverordnung in dem a. Zt. gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte in seiner Sitzung am 27.7.1971 die aus nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festsetzungen bestehende Satzung beschlossen:

ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG



Allgemeines Wohngebiet (überbaubare Grundstücksfläche)



- 1 = Geschosszahl z.B. I = Höchstgrenze
- 2 = Bauweise z.B. o = offen
- 3 = Grundflächenzahl (GRZ) Höchstgrenze
- 4 = Geschossflächenzahl (GFZ)

SONSTIGE FESTSETZUNGEN

----- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Bebauungsplan-änderung

— Baulinie

— Seugrenze

— Öffentliche Verkehrsfläche u. Straßenbegrenzungslinie

— Stellung der baulichen Anlagen

Befreiungen regeln sich nach § 31 (2) BBauG.

NACHRICHTLICHE HINWEISE

Gem. § 9 (4 + 6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß

1. für die Gestaltung der in dem oben a. Bebauungsplan vorgesehenen Baukörper die von der Stadt Georgsmarienhütte aufgrund der Ver-ordnung über Baugestaltung vom 10.11.1936 (RGBl. I S. 938) er-lassene Satzung zum Ursprungsplan vom 16.2.1965 zu beachten ist,
2. die sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließ-lich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 19.3.1971 dargelegt sind,
3. für die Errichtung von Garagen § 13 RGaO gilt.

Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) der NGO in Verbindung mit den §§ 35 - 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500,— bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrig-keiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungs-planes Nr. 7 der Stadt Georgsmarienhütte außer Kraft.

2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 7

" HAUNHORST "

der Stadt Georgsmarienhütte, Stadtteil Holzhausen, Landkreis Osnabrück
M. 1 : 1 000

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat in seiner Sitzung am 22.3.1971 gemäß § 2 (1) BBauG vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) die Aufstellung dieses Planes beschlossen.

Georgsmarienhütte, 22.3.1971



Stadtdirektor

Bearbeitet: Georgsmarienhütte, 19.3.1971

Stadt Georgsmarienhütte

Der Bebauungsplan mit Begründung hat gem. § 2 (6) BBauG einen Monat vom 22.3.1971 bis 5.5.1971 einschließlich Öffentlich ausgelegt. Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung wurden am 22.3.1971 ortsüblich bekanntgemacht.



Stadtdirektor

Der Plan ist gemäß § 10 BBauG am 27.7.1971 durch den Rat der Stadt Georgsmarienhütte als Satzung beschlossen worden.

Georgsmarienhütte, 27.7.1971



Dieser Bebauungsplan ist gem. § 11 des BBauG vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) mit Verfügung vom 20. SEP. 1971 genehmigt worden.

Osnabrück, den 20. SEP. 1971

Der Regierungspräsident



Oberbaurät

Die mit dem Bebauungsplan verbundenen Unterlagen sind dem Regierungspräsidenten ausgestellt. Die Genehmigung des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BBauG am 31.10.71 im Amtsblatt der Stadt Osnabrück öffentlich be-kanntgemacht worden.

Georgsmarienhütte, 31.10.71



Stadtdirektor

In Kraft getreten gemäß § 12 BBauG aufgrund der vorgenannten Be-kanntmachung vom 31.10.71

Georgsmarienhütte, 31.10.71



Stadtdirektor

§ 3

Nachrichtliche Hinweise

Gem. § 9 (4 + 6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß

1. für die Gestaltung der in dem oben a. Bebauungsplan vorgesehenen Baukörper die von der Stadt Georgsmarienhütte aufgrund der Verordnung über Baugestaltung vom 10.11.1936 (RGBl. I S. 938) erlassene Satzung zum Ursprungsplan vom 16.2.1965 zu beachten ist. (**Die ÖBV ist nicht mehr rechtsglütig**)
2. die sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 19.3.1971 dargelegt sind,
3. für die Errichtung von Garagen § 13 RgaO gilt.

§ 4

Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gem. § 6 (2) der NGO in Verbindung mit den §§ 35 – 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500,00 bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

§ 5

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 7 der Stadt Georgsmarienhütte außer Kraft.

Begründung
zur 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 7
Bezeichnung: „Haunhorst“
der Stadt Georgsmarienhütte, Stadtteil Holzhausen, Landkreis Osnabrück

Die 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 7 wurde notwendig, weil die Straße Am Königshof zum Haunhorstweg gegenüber dem ursprünglichen Bebauungsplan aus den gegebenen Gelände-
verhältnissen in süd-östlicher Richtung angelegt wurde. Durch diese Lösung erreicht man eine flachere
Steigung der Straße Am Königshof. Durch die geringfügige Änderung der Straße wurde der überbau-
bare Bereich des Grundstücks zwischen der Straße Am Königshof/Haunhorstweg so vergrößert, daß
es möglich wird ein zweites Haus zu errichten. Das Maß der baulichen Nutzung wurde der übrigen
Bebauung angeglichen.

Verkehrliche und wasserwirtschaftliche Erschließung

Die Erschließungsmaßnahmen wurden gegenüber dem Ursprungsplan nicht geändert. Zusätzliche
Kosten entstehen der Stadt Georgsmarienhütte nicht.

Der Geltungsbereich des ursprünglichen Bebauungsplanes wurde durch diesen Plan im Süden
geringfügig geändert.

In gestalterischer Hinsicht behält die zum Ursprungsplan erlassene Gestaltungssatzung vom
16.2.1965 ihre Gültigkeit. **(Die ÖBV ist nicht mehr rechtsgültig)**

Umlegungsmaßnahmen sind in diesem Gebiet nicht erforderlich.

Georgsmarienhütte, 27.7.1971

gez. Sippelmeyer
Bürgermeister

S

gez. Rolfes
Stadtdirektor

Inkraftgetreten aufgrund der Bekanntmachung vom 31.10.1971 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk
Osnabrück.

Georgsmarienhütte, 31. Oktober 1971

gez. Rolfes
Stadtdirektor

S